

Kemberger Zeitung

vormals General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: Landmanns Sonntagblatt und „Mittleres Anzeigerblatt“. — Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M., durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. — Im Falle höherer Gewalt Betriebsstörung Streifen und selbst jeder Anspruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die Doppelseite Preitsseite oder deren Raum 15 Pfg., die Doppelseite Beilagenseite 40 Pfg., Ausnahmestellen 50 Pfg. / Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Adressangaben unentgeltlich geschieber oder durch Fernsprecher aufgenommene Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Beilagengebühr: 10.— M., das Ausland, zuzüglich Postgebühr. / Schluß der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Dienstag, den 17. Juni 1930

32. Jahrg.

Wir bitten um
Einreichung der Rechnungen
für Lieferungen zum **Heimat- und Kinderfest** bis spätestens 18. d. Mts.
Kemberg, den 14. Juni 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

Die programmatische Erklärung, mit der das Reichskabinett vor der Öffentlichkeit trat, enthält alle Forderungen, die in den letzten Tagen die Gemüter ausgiebig bewegten. Die Entscheidung und Zustimmung darüber ist in allen Kreisen überaus groß.

Zum ersten Male hat die Regierung der Sowjet-Union die Berechtigung der deutschen Forderung anerkannt, daß sie sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse der besetzten Nation einmischen dürfe.

Wieder hat der Hausabend seine mahnende Stimme erhoben und Wege gezeigt, die eine Senkung der öffentlichen Ausgaben bezwecken, ohne die Substanz der Wirtschaft gänzlich zu ruinieren.

Die Aufgaben des Reichstags.

Mitte April hat der Reichstag eine Viertelmilliarde Mark neuer Steuern und Ausgaben bewilligt und im Juni soll er weitere Dreiviertel Milliarden Mark an Steuern und Ausgaben bewilligen. Die Beträge, die man vom Parlament verlangt, wachsen allmählich etwas so schnell an, und die Kritiker, die für die parlamentarische Prüfung dieser Anforderungen übrig bleiben, werden allmählich etwas zu kurz. Gewiß — im Frühjahr hatte man viel Zeit für die Steuerberatungen. Aber der eigentliche Teil dieser Beratungen ging doch in wenigen Tagen vor sich, in wenigen Tagen wurde das Deckungsprogramm wieder und wieder umgestaltet, so daß zum Schluß niemand eine Lebensfrist darüber hatte, ob die geplanten neuen Steuern wirklich die Erträge bringen würden, die man von ihnen erwartete. Damals ging es nur um eine Viertelmilliarde. Soll jetzt das gleiche System der überhäufelten Beratung für den dreifachen Betrag, für Steuern und Ausgaben in Höhe von etwa 3/4 Milliarden angewandt werden? Die Reichsregierung will dem Parlament gegenüber wiederum das Druckmittel der Reichstagsaufschiebung anwenden. Es ist gewiß nicht zu bedauern, wenn die parlamentarische Entscheidungsfähigkeit, die ja in manchen Parteilagen sehr langsam zustande kommt, durch einen gewissen Druck der Regierung etwas gelockert wird. Aber dieses Druckmittel, das in den Händen der Regierung ist, darf nicht dazu benutzt werden, eine ausgesprochen schlichte finanzpolitische und finanztechnische Arbeit zu fördern.

Der Eindruck einer solchen — vorläufig gelagert — nicht übermäßig gründlichen Ausarbeitung der neuen Steuer- und Abgabengesetze läßt sich leider bei den Entwürfen, die das Kabinett jetzt veröffentlicht hat, nicht vermeiden. Man will ein Notopfer vom Einkommen der Beamten und Selbständigen erheben. Aber bis vor wenigen Tagen war man sich in den weiteren politischen Kreisen, die für die Beurteilung dieser Maßnahmen schließlich entscheidend sind, noch nicht klar darüber, ob dieses Notopfer vom Brutto- oder vom Netto-Einkommen erhoben werden soll. Man kamte noch nicht genau den Kreis von Steuerpflichtigen, den es erfassen soll. Man war sich über die Erhebungsmethoden noch nicht im klaren — wobei bei dem eigentlichen Notopfer, noch bei der nebenher laufenden Einkommensteuer. So ist eine Beurteilung auch der großen Grundlinien dieser neuen Gesetze bisher den verantwortlichen Gesetzgebenden Faktoren noch nicht möglich gewesen. Sie werden die Gesetzwirre frühestens in der nächsten Woche kennen lernen, wenn sie dem Reichsrat zugehen, und sie werden von da ab bis zu dem Termin, den die Regierung für die Verabschiedung angesetzt hat, nur etwa drei Wochen Zeit haben. Drei Wochen für eine Steueraufgabe von Dreiviertelmilliarden! Für eine Steueraufgabe, die zusammen mit den vordaherlichen Steuern und mit der Veränderung von 200 Millionen Reichsbesitz in Gestalt von Reichsbahnaktien etwa 10 Prozent der gesamten Haushaltsrechnung ausmachen.

Dabei muß zur Beurteilung der politischen Situation in Rechnung gestellt werden, daß die Regierung Sondersteuern gegen bestimmte Personenzreise vorzählt. Die Einführung von Sondersteuern ist immer eine überaus bedenkliche Maßnahme, und sie erscheint überhaupt nur möglich, wenn vorher sehr eingehend geprüft wird, ob die anderen, auf den betroffenen Personenzreisen bereits ruhenden Lasten die Durchföhrung der Sonderbelastung überhaupt noch möglich erscheinen lassen. Für diese Prüfung will man anscheinend überhaupt nicht Zeit lassen. Ein anderes, sehr bedenkliches

Moment, kommt hinzu, und die Reichsregierung schlägt die Beschaffung neuer Einnahmen vor. In den drei bis vier Wochen, die für die Beratung dieser Einnahmen übrig bleiben, soll aber gleichzeitig nach der Haushaltsrechnung vom Reichstage verabschiedet werden, also die Bewilligung der Ausgaben. Die parlamentarische Arbeit vom Haushaltsplan hat diesmal ohnehin in großer Höhe vor sich gehen müssen. Man hatte in der zweiten Lesung für die wichtigsten Etats der einzelnen Ministerien im günstigsten Falle vier Tage Zeit, in denen man sich gerade über die politischen Fragen unterhalten konnte, in denen es aber kaum möglich war, die finanztechnischen Fragen durchzuprüfen, um zu kontrollieren, wo Ausaaßerlichkeiten werden könnten. Wenn jetzt der Reichstag mit der Bewilligung eines neuen Steuerbudgets von dreiviertel Milliarden Mark beauftragt wird, entsetzt die Gefahr, daß die Haushaltsberatungen noch härter beeinträchtigt werden. Denn die gleichen Parlamentarier, die Sachverständige für die Steuerfragen sind, sind doch auch Sachverständige für die Ausgabenbeileite des Haushaltsplans, und sie werden von den Steuerberatungen so stark in Anspruch genommen sein, daß sie für die Haushaltsberatungen kaum noch zu Verfügung stehen.

Es kann als unermesslich betrachtet werden, daß in der Zeit zwischen Mitte April und Mitte Juni ein Deckungsbedürfnis in Höhe von dreiviertel Milliarden Mark entstanden ist. Wenn man aber diesen Betrag aufbringen mußte, und wenn für die Beratung der Aufbringungsmittel nur ein so kurzer Zeitraum zu Verfügung stand, so hätte man doch nach anderen Methoden suchen müssen. Es wird vom Reichstag zu verlangen sein, daß er sehr eingehend geprüft, ob nicht statt der ungerechten Sonderbelastung einzelner Kreise von Steuerpflichtigen, große allgemeingültige Maßnahmen getroffen werden können, bei denen mindestens die Gefahr einer letzten Ungerichtigkeit geringer ist, und die zu ergänzen wären durch ebenso großzügige Sparmaßnahmen. Auf den Gedanken aber, dem neu entstandenen Defizit (somit von der Einnahmen- wie von der Ausgabenbeileite zu Leibe zu gehen, ist man an den amtlichen Stellen anscheinend überhaupt nicht gekommen. Die Notwendigkeit, schnelle finanzielle Hilfe zu schaffen wird dem Reichstag nicht von der Pflicht befreit dürfen, die Rechnungen des Finanzministers sehr genau nachzuprüfen, und ihm bessere Deckungsmöglichkeiten zu zeigen, als er selbst sie gefunden hat.

Sparvorschlag der Reichsminister.

Aufwandsentschädigungen — Kraftwagen.

— Berlin, 14. Juni.

Das Reichskabinett hat sich mit einem Vorschlage des Reichsfinanzministers befaßt, der eine Herabsetzung der Aufwandsentschädigungen der Reichsminister vorkieft.

Nach der Beschlussempfehlung schätzte der Reichsanwalt 45 000 Mark im Jahr und der Reichsminister 36 000 Mark. Bedinglich der Reichsminister sieht sich besser als die übrigen Reichsminister, da er nach dem Etat für 1930 39 600 Mark erhält. Es erhalten außerdem der Reichsanwalt 18 000 Mark an Aufwandsentschädigungen und jeder Reichsminister erhält 4800 Mark Aufwandsentschädigung im Jahr. In diesen Aufwandsentschädigungen soll also nun künftig gespart werden. Dieser Vorschlag soll wohl zum Ausdruck bringen, daß die Reichsminister die Sparmaßnahmen auch persönlich und praktisch verwirklichen wollen. Der gute Wille ist zu loben, doch ist es mit den Einparungen an Aufwandsentschädigungen nicht getagt. Es sind derartige sachliche Forderungen im Etat verzeichnet. Es ist z. B. überaus interessant, die Summen für Unterhaltung der Kraftfahrzeuge in den Ministerien zu vergleichen.

An der Spitze steht das Reichswehrministerium mit einer Anforderung von 27 445 Mark. Merkwürdigerweise folgt dann gleich das Reichsarbeitsministerium, das für Kraftwagenfahrten im Jahr 20 250 Mark ausgibt, davon sind allerdings 10 000 Mark als künftig wegfallend bezeichnet worden. Das Reichsverkehrsministerium fordert 20 200 Mark an, außerdem aber 7100 Mark für einen „beamten-eigenen“ Kraftwagen für die Kraftfahrabteilung. Das Reichsfinanzministerium benötigt 19 050 Mark und das Reichsministerium 12 090 Mark für seine zwei Dienstkraftwagen.

Dazu kommen aber noch 28 Personentransportwagen im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung und 25 Personentransportwagen im Bereich der Zollverwaltung. Bei der gesamten Finanzverwaltung werden für Kraftwagenfahrten im Jahr 367 350 Mark ausgegeben.

Die Summe für Kraftwagenfahrten im Reichspostministerium ist der Einfachheit halber überhaupt nicht angegeben.

Die Ausgaben für Kraftwagen erschöpfen sich nun allerdings nicht nur bei den Ministerien, sondern sie gehen auch auf die nachgeordneten Stellen über. Ein Beispiel dafür bietet der Reichsparlamentarier, für den in diesem Jahr ein Kraftwagen im Betrage von 15 000 Mark verlangt wird. Es ist nach unserem bescheidenen Ermessen gewiß nicht zuviel verlangt — wenn schon einmal mit Sparmethoden begonnen werden soll — daß an diesen Stellen zunächst einmal der Anfang gemacht wird. Auch wäre es interessant, wenn das Reichspostministerium seine Kraftfahrpläne freimüßlich ebenfalls der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreiten wollte.

Eine Rede Severings.

Die SPD. richtet sich auf Neuwahlen ein.

— Erfurt, 14. Juni.

Der ehemalige Reichsminister Severing hielt hier in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der Politik des Kabinetts befaßte. Der Redner gab zu, daß es Deutschland augenblicklich schlecht gehe. Daran sei jedoch nicht die Erfüllungspolitik der Republik schuld. Ohne die Erfolge dieser Erfüllungspolitik, die ohne den Dammplan hätte das Reich jetzt nicht nur 700 Millionen durch Steuern zu decken, sondern noch weitere 700 Millionen, die dann nach dem Dammplan mehr hätten aufgebracht werden müssen. Wenn man die Regierung Müller nicht an der weiteren Tätigkeit gehindert und die Finanzplanung hätte vornehmen lassen, wäre der Fehlbetrag gar nicht erst entstanden. Drei Monate seien inzwischen ungenützt verfloßen.

Welt schlimmer als die Steuererhöhungen sei jedoch die allgemeine Beunruhigung durch die Beseitigung der Haushaltsnotstandes. Die Regierung Müller hätte den Finanzhaushalt bis Ende März fertiggestellt und wäre mit gewissen Finanzen weitergegangen. Nun aber sei gar nicht abzusehen, wann die Finanzen wieder in Ordnung kommen würden. Durch die Döhlke würden dem föbrigen Deutschland 130 bis 150 Millionen Mark genommen.

Gewiß müßte der Wandwirtschafft geholfen werden, das habe die Sozialdemokratie nie geleugnet. Aber man höre sie immer zu spät. Jetzt sei inzwischen ein Danaoschiff entstanden. Severing schloß mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie den nächsten Reichstagsprogramm ihre Zustimmung nicht geben werde; sie wolle sich auf Neuwahlen einrichten.

Wieder ein Junctionim.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

— Berlin, 15. Juni.

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichsanwalt Dr. Brüning dem anwesenden Reichsankpräsidenten Dr. Luther den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß des auf Grund des Haager Abkommens getätigten Anleihen geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, die das Reichskabinett einstimmig zustimmte. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Defizitlosigkeit in den Jahren des nächsten Finanzprogramms der Reichsregierung einzufügen.

Ziel dieser Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, sie in erheblichem Umfange gemindert werden kann. Zu diesem Zwecke ist:

das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer starken Belebung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Döhlke dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Befähigung der Arbeitslosigkeit zu vermitteln.

Durchgreifend übernommen werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen.

Das Reichskabinett beschloß sich dann mit den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Erparnis getroffen hat.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres vor der Belegung frei werdender Plankstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Außenverwaltung Abfand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Le-



densmachung zu kommen, bezügl. des Reichstahntent. auf 20 Prozent der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten.

Die Not der Zeit erfordert sofortiges Handeln. Deshalb fällt die Reichsregierung jetzt an der Notwendigkeit der sofortigen Erhebung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungs vorlagen und des Entzuges einer Reform der Krankenversicherung.

Der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Dieser Entwurf bezieht den Ausgleich der vorübergehenden Belastung, die durch Erhöhung der Beiträge in der Arbeitslosenversicherung eintreten. Das Reichsfinanzamt ist fast schifflich gemacht, dem Reichstage Abfrische am Reichsamt im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Erfparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalstellen, vorzugehen wird.

Für diese Erfparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als wie die vom Reichskabinett beschlossene Reduzierung der Festbetrodten. Auch die in gesicherter Lebensstellung Befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden.

Andere Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und würden den Gedanken des Bretsabbaus und der Verringerung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung liebt in dem Ganzen ein einseitiges Programm, an dem sie nach wie vor festhält, weil sie die Überzeugung ist, daß nur keine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Einmütig angenommen.

Das Obfischegezet im Reichst.

Berlin, 15. Juni. Die Reichsratsauschüsse beantragen die Annahme der Regierungsvorlage sowie eine Entfcheidung, in der die Regierung ersucht wird, möglichst bald weitere Mittel zur Förderung des Baues von Eisenbahnen im östlichen Grenzgebiet zur Verfügung zu stellen. Der Vertreter der Provinz Preußen, Freiherr von Gagl, führte aus, die Vorlage bringe nur eine Teilung der Differenz. Diesem ersten Schritt müßten weitere folgen, wenn das Ziel erreicht werden soll. Der Vertreter der Provinz Oberschlesien behauptete, daß Oberfischelns besondere Notlage im Gezet nicht ausreichend berücksichtigt worden sei. Das werde offensichtlich in den Ausführungsbefimmungen nachgeholt werden. Der Vertreter Niederschlesiens schloß sich für seine Provinz dieser Erklärung an.

Hierauf wurde das Obfischegezet einmütig, das Gezet über die Abfüßungsbank bei Stimmenschaftung Baupens angenommen. Angenommen wurde auch die Ausschüßenschaftung über Eisenbahnbauten.

Reichsrat befürwortet Westfischegezet.

Der Reichsrat stimmte ferner der Ergänzung des Hausbates für 1930 zu, die durch die Grenzriffe notwendig geworden ist. Dabei fand ein Antrag des Vertreters der Rheinprovinz Annahme, wonach ein Westfischegezet zum Ausgleich der Befahrungschäden vorgelegt werden soll, und zwar so rechtzeitig, daß es unmittelbar im Anschluß an die Ostfische erlaidet werden kann.

Zulimmuna fand auch das neue Weingezet, das verschärfte Bestimmungen über den Namenschutz und den Verschmit mit ausländischen Weinen bringt. Annahme fand auch eine Entfcheidung der Reichsratsauschüsse, wonach die Regierung ersucht wird, in den Ausführungsbefimmungen die Auffprigung von Desertweinen zu verbieten. Gleidfals angenommen wurde ein preußischer Antrag, das Verbot des Verschmitts deutscher mit ausländischen Weinen zu verschärfen.

Das Gezet über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungsanwartschaften wurde dem Reichstagen dem Reichsrat noch einmal an die Reichsratsauschüsse zurückerwidert. Nachdem der Reichsrat nach dem Gezetentwurf zustimmt hatte, wurden die Bestimmungen über die Liquidierung des Umlaufes von Rentenbankfcheiner, und über die Erhöhung der Deutschen Rentenbankfcheiner-Anstalt geändert werden. vertaate er sich bis zum 21.

Seine blinde Frau

Originalroman von Gert Rohberg.

41. Fortsetzuna Nachdruck verboten

„Nein,“ sagte Eihel plöflich entfehend, „auf deinen Tod wird Karl Heinz nie warten. Wieder sagt er dir offen, daß du ihn freigeben sollst. Aber natürlich ist kein Herz noch fest, ich glaube das bestimmt. Aber es ist denn nicht Gottes Fügung, daß wir beide uns kennen lernen müßten? Wie leicht findet ihr euch doch noch? Soll ich ihm mitteilen, daß du hier bist, Jutta?“

„Nein, nein. Das würde doch alles über den Haufen stoßen. Unerkant soll Karl Heinz mich lieber lernen. Somit will ich ihm nie vor die Augen treten. Was hätte das wohl für einen Zweck? Er würde mir aus Mitleid Liebe zeigen, die er nicht fühlt. Sein Mitleid aber kann ich nicht ertragen. Niemals. Dazu liebe ich meinen Gatten zu sehr; lieber will ich ihn dann gar nicht sehen.“

Eihel betrachtete Jutta erannt. Ein ergreifender Ausdruck lag in ihren Augen. „So eine große Liebe trägt dich mit dir herum, und kein Mensch hat eine Ahnung? Wie tragisch das alles ist, Jutta. Du liebst deinen Gatten mehr als dein Leben und hast ihn doch nie persönlich gesehen! Ich muß wohl deinen Art befolgen. Ich werde also von deinem Besuch und überhaupt unserer Freundschaft nichts wissen. Aber einen Menschen müssen wir einweisen.“

„Wen?“ fragte Jutta erschrocken.

„Nun Professor von Salbren. Er ist Herrin von Eihelgens بهتر Freund.“

Juttas Augen wurden groß. „Salbren? Salbren?“ murmelte sie leise, „er liebt mich nicht grüßen.“

„Er ist der Mann, den ich liebe,“ sagte Eihel.

„Jutta unarmte sie herzlich. „Danke für die reue Offenheit und dein Vertrauen, liebe Eihel. Wir wollen Schwärmen sein.“

Herzlich küßten sich die beiden schönen Geschöpfe.

Erfreuliche Fortschritte.

Beicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Berlin, 15. Juni. Die Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer verständlichen folgenden Bericht über ihre gemeinsamen Befprechungen:

Die Vertreter der Spitzengewerkschaften, des Reichverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände haben in den Befprechungen der letzten Wochen, ausgehend von der schweren Krisis der Wirtschaft und insbesondere der hohen Zahl der Arbeitslosen, die Fragen der dauernden Sanierung unserer öffentlichen Finanzen, der Selbstförfertigung der Wirtschaft der Preisbildung, der Möglichkeiten der Hebung des Absatzes, und damit der Produktion und der Wiedereinstellung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozeß, behandelt.

Ungeachtet der selbstverständlichen Verschidenheit der Standpunkte sind sie zu der Überzeugung gekommen, daß mehrere Befprechungen der einzelnen praktischen Fragen zu einer Verständigung über positive Maßnahmen, zu nützlichen Ergebnissen für unser Volk führen können. Die Befprechungen werden fortgesetzt.

Die Polen-Schäden-Verordnung.

Zur Durchführung der Entschädigung.

Berlin, 15. Juni. Der Reichsfinanzminister hat den geleggebenden Körperfchaften den Entwurf einer Verordnung zur Durchführung der Entschädigung auf Grund des deutsch-polnischen Liquidationsabkommens zugeleitet. In der Verordnung heißt es u. a.:

Der sich nach Abzug der Vorleistungen von der Entschädigung ergebende Betrag (Zahlungsbeitrag) wird nebst 5 vom Hundert fälligen von 15. April 1930 an laufenden, halbjährlich nachträglich zu zahlen und jeweils am 15. April und 15. Oktober fälligen Zinsen als Schuldzuordnung für den Beschädigten an Ertruchen des Polen-schadenkommissars in das Reichsschuldbuch eingetragen.

Der Polenschadenkommissar kann zur weiteren Aufklärung des Sachverhalts eine Beweisaufnahme und jeberzeit das persönliche Erscheinen des Betroffenen anordnen. Die Beweiserhebung kann durch den Kommissar selbst oder ein zum Richteramt oder höheren Verwaltungsdienst befähigtes Mitglied der Verglechts- oder Spruchabteilung erfolgen, auch kann eine andere Behörde um ihre Normahme ersucht werden. Die Gerichts- und Verwaltungsbehörden haben innerhalb ihrer Zuständigkeit einem Ersuchen des Kommissars um Rechtshilfe zu entsprechen, soweit nicht besondere gesetzliche Bestimmungen entgegenstehen. Behörden am Sitze des Kommissars dürfen um Vernehmungen nicht ersucht werden.

Keine Revision der Friedensverträge

Zulezt über Briands Tanagero-Plan.

□ Warschau, 15. Juni.

Außenminister Jalecki sprach in Krakau über Briands Tanagero-Plan. Jalecki ist der Ansicht, daß eine politische und wirtschaftliche Verständigung und Föderation Europas nur dann möglich sein könne, wenn in der künftigen Union die finanziellen, wirtschaftlichen und politischen Interessen aller beteiligten Staaten gleichmäßig gewertet und berücksichtigt werden. Die Union müßte gleichmäßig den Wohlstand aller Völker des Festlandes dienen.

Wenn gewisse Politiker und ihre Presse im Zusammenhang mit Briands Tanagero-Plan die Notwendigkeit einer Revision der Friedensverträge hervorzuheben trachten, so sei ihre Handlungsweise mit einer Verurteilung des ganzen Planes gleichbedeutend. Nur im Rahmen des gegenwärtigen europäischen Systems könne man an die Verwirklichung eines wirklichen Zusammenlebens der Völker denken. Man müsse wachfährig oder ungemein leidschnig sein, wenn man glaube, daß mit dem Gedanken der Abänderung der bestehenden Verträge der Idee einer Verständigung Europas ein Dienst erwiesen werden könne. Polen werde an der Verwirklichung des Briandschen Planes euerfichtig mitarbeiten. Es werde sich aber nicht damit einverstanden erklären, wenn der Plan zu seinen Ungunsten ausgenutzt werden solle.

Beimahlungszwang für Roggen.

Bezfchärfung des Brotgesetzes.

Berlin, 14. Juni. Die Reichsregierung hat erklärt lassen, daß sie die Sicherung eines ausreichenden Roggenpreises für Roggen aus neuer Ernte mit allen Mitteln versuchen wird. Insbesondere auch, daß der Einfuhrscheln für Roggen weiter beibehalten werden soll.

Unter der Sicherung mit allen Mitteln ist neben der Beibehaltung des Einfuhrschelnes die weitere Abgabe von verbilligtem Gefin-Roggen und die Wiederverlage des Brotgesetzes zu verstehen. Das Brotgezet soll durch einen Beimahlungszwang für Roggen verschärft werden, berart, daß zu jedem Brot ein Mindestsatz von Roggenmehl zugeleitet werden muß. Die Regierung beabsichtigt nicht, die Verschärfung von sich aus vorzunehmen, sie wird vielmehr sich für einen entsprechenden Antrag der Reichsregierungsmitglieder legen. Ueber die Höhe des zu beantragenden Beimahlungsatzes ist noch nicht entgültig entschieden, man spricht von 30 bis 40 Prozent. Die Verabschiedung des Brotgesetzes im Reichstag soll nach der des Etats, aber noch vor den großen Sommerferien des Reichstages erfolgen.

Reichswehr und Saargebiet.

Verhandlungen im französischen Senat.

Paris, 15. April.

Der Senatsauschüß für auswärtige Angelegenheiten will den Ministerpräsidenten und die übrigen Regierungsmitglieder über die die französische Außenpolitik beherrschenden Fragen hören, die in eine mehr oder weniger kritische Debatte einzutreten könnten. Unter diesen Fragen scheint dem Ausschüß die Frage in Mitteleuropa die dringendste zu sein. Die Senatoren de Souvenel und Berenger sind beauftragt worden, hierfür einen Fragebogen aufzustellen.

Nach einem Meinungsaustausch, an dem u. a. Poincaré und Millrand teilnahmen, ersuchte der Ausschüß den eiffischen Senator Ecard und Senator Ordinaire, einen eingehenden Bericht über die wirtschaftliche Gegenwart und zukünftige Zukunft des Saargebietes vorzulegen. Der Ausschüß hat ferner einen Bericht des Senators Ecard über das Budget der Reichswehr entgegengenommen.

Die Senatoren General Bourgeois und de Jouvenel haben eine Reihe von Bemerkungen und Erläuterungen hierzu gemacht.

Eine erschreckende Befatzungsstatistik.

Drei Militärgerichte verurteilen 1000 Jahre Freiheitsstrafen.

7325 Verurteilungen.

+ Landau, 15. Juni.

Nach dem Material, das über die Sitzungen der drei Militärgerichte in der Pfalz (Kriegsgericht Landau, Militärpolitgericht Landau und Militärpolitgericht Kaiserslautern) amtlich gesammelt wurde, ergibt sich ein erschreckendes Zahlenbild über die Tätigkeit dieser drei Gerichte. Rund tausend Jahre Freiheitsstrafen und rund 250 000 Reichsmark Freiheitsstrafen wurden verhängt. In der Pfalz sind vom 1. Dezember 1922 bis Ende Mai 1930 7325 Verurteilungen ausgesprochen worden, die insgesamt außer drei Fällen, in denen auf lebenslängliche Zwangsarbeit erkannt wurde, auf fünf Monate Zwangsarbeit, 30 Jahre Zuchthaus, 836 Jahre, elf Monate und 15 Tage Gefängnis und 258 156 An. und 36 974 Franken an Geldstrafen oder entsprechenden Freiheitsstrafen lauten.

Nicht berücksichtigt sind dabei jene Geldstrafen, die während des Währungsverfalls verhängt wurden und die in der Umrechnung in Goldmark auch noch eine ganz ansehnliche Summe erreichen. Die Gesamtzahl der Verurteilungen vermehrt sich noch durch die Fälle, deren Verhandlungen nicht bekannt geworden sind.

Wöllige Ausöhnung zwischen Carol und Helena.

Bukarest, 15. Juni. Ein völliger Ausgleich ist nunmehr zwischen König Carol und Prinzessin Helena erreicht worden. Die gesamte Königsfamilie hatte sich gelegentlich eines Festens im Schloß Carroul veranmltet. Das Wohl aller Charakter eines Besuches hat gebot haben. Der Ausgleich zwischen König Carol und Prinzessin Helena wird in erster Linie auf die Ausgleichsbemühungen der früheren Königin Elisabeth von Griechenland zurückzuführen.

Sie zum Altler und machte eine tiefe Verbeugung. Eihel schritt schnell hinein, Salbren folgte ihr und schloß die Tür.

Signorina Teresina aber schlappte in ihre Knie. Es gab heute ihre Selbstgericht, gebundene Vollpernfische. Während sie noch ischnaulte, dachte sie faunend darüber nach, wie lange das wohl noch die Geliebte ihres Mieters bleiben würde. Früher hatte der ja ziemlich oft gewechselt. Das hier schien allerdings eine sehr seine Dame zu sein. Aber früher waren auch so vornehme Damen gekommen. Na, wegen ihr konnte vorgehen, was da wollte. Die Hauptgabe blieb, sie behielt ihren freigelegten Mieter. Das andere kümmerte sie nicht. Mit verknüppeltem Köpfchen faunte die Signorina weiter. Sie kannte das. Da blieben die jungen Herren weiter wohnen. Da kamen sie überhaupt nicht fort von Rom.

„Erinnern im Zimmer aber fanden sich zwei Menschen gegenüber, von denen jeder mußte, daß sein ferneres Leben jetzt entfehend wurde.“

Eihel Morland saß in dem Sessel, zu dem Salbren sie geführt hatte.

„Er stand vor ihr, schlang, in dem blühigen Gesicht einen bittenden, erwartungsreichen Ausdruck, nicht wissend, wie er sich ihren Besuch zu denken hatte.“

Eihel schlug die Augen offen und klar zu ihm auf. „Nun gut, Salbren, denken Sie meinen Besuch nicht falsch.“

„Er griff nach ihren Händen und küßte sie leidenschaftlich.“

„Ich bin ja so froh, so glücklich über Ihren Besuch.“

„Während er sagte er vor ihr nieder und vergrub den Kopf in ihrem Schoß. Eihel richtete mit weicher Hand über sein lockiges Haar.“

„Da er hob er das Gesicht. Diese Berührung hatte ihn getroffen wie ein elektrischer Schlag. „Eihel,“ flammte Freiz, „Eihel, noch ist das Jahr nicht um. Ich gab mein Wort, nicht eher wieder von meiner Liebe zu sprechen. Aber es ist so schwer. Ich liebe dich unlagend, Eihel, ich kann nicht mehr.“

„Du halte dieses summe, einatmen, Leben nicht mehr aus. Was habe ich getitten, daß ich dich nur von ferne sehen durfte.“ (Fortsetzung folgt.)

Jutta und Hanne sollten über Nacht dabei bleiben. Es gab ja noch so unendlich viel zu erzählen.

Jutta fühlte ein süßes Glid im Herzen. „Wenn es möglich wäre?“

Professor von Salbren fand in seinem Arbeitszimmer. Er war eben von einem ersten fehrlichen Spaziergang nach Hause gekommen und hatte den weißen Arbeitsittel bereits wieder übergezogen.

Ein Arbeiter aus angenehmen besetzte ihn. Bald aber wollte er Eihel fragen. Ein Jahr lang konnte er nicht mehr warten. Er nahm den Meißel in die Hand.

Der ehemals so lustige, leichtfüßige Fritz war ein ernstlicher Mann geworden. Er, der früher gelaudt hatte, er könnte ohne Abenteuer und ohne Weiber nicht existieren, er war in den Augen seiner lüchlichen Kollegen ein Brillfester geworden. Ihm hatte nur ein Gefüßer, daß man durch Eihel und Weiber die besten straffe künstlicher und menschlich verzerrt. Fort seinem Auge fand ein helles, blondes Krausöpfchen.

Das geliebte Mdel war ehemals ein Sportfeg durch und durch. Und nun war es ein ernstes junges Weib geworden. Nun gefiel sie ihm noch viel mehr. Er konnte sich kein größeres Glid denken, als sie als geliebtes Weib an seiner Seite zu leben.

Salbren armete tief auf. Bald, bald wollte er sich Gewißheit holen.

Da klingelte es.

Er hörte, wie seine Trinne öffnete. Er hörte auch den erwarteten Anruf der Signorina, welche strenge Anweisung von ihm hatte, keine Dame mehr über die Schwelle zu lassen.

Die Signorina war zuerst nicht wenig perplex. Denn so etwas war sie doch von ihrem lebenslänglichen Mieter nicht gewöhnt. Aber es blieb dabei, sie moßte die schwarzen Augen noch so weit aufreiben.

Man hörte Salbren, wie seine Getreue die Dame energig abmah. Plöflich erkannte er die Stimme und stürzte nach der Tür.

„Verzeihen, meine Gnädigste, ich konnte ja nicht ahnen. Welch eine unverhoffte Freude!“ Er öffnete weit die

Förderungsmitteln wird in Deutschland zu wenig Gebrauch gemacht. Vor allen Dingen ist der deutsche Handwerker der Druckfadenreflexe noch viel zu wenig näher gekommen. Auch die Druckfaden für den täglichen Gebrauch — Briefbogen, Umschläge, Karten — werden vom Handwerker vielfach noch für entbehrlich gehalten. Man begnügt sich mit den primitivsten Mitteln und vergißt ganz, das heute ein Geschäft ohne diese Dinge keine Bedeutung erhalten kann.

Bücher- und Zeitschriftenchau.

Seine Kugel Frau — Deia, die Jungfrau — Kette, dein Kind — Zwei Leben in — und noch fünf andere spannende Geschichten enthält die eben erschienene Juni-Nummer der beliebten "Wahren Erzählungen" (Verlag Dr. Sello-Göster U. G., Berlin SW 68). Das interessante Heft ist zum Preise von 50 Pfg. überall zu haben.

Wirtschaftlicher Wochenbericht

mitgeteilt von der Mitteldeutschen Landesbank, Magdeburg, durch die Stadtsparkasse zu Kemberg.

Nach dem Reichsbankausweis vom 6. Juni 1930 hat sich die gesamte Kapitalanlage der Bank um 276,4 Mill. RM auf 1971,7 Mill. RM verringert. Der Umlauf an Reichsbanknoten ist um 239,7 Mill. RM auf 4572,7 Mill. RM zurückgegangen. Die Deckung der Noten durch Gold allein erhöhte sich von 53,8% in der Vormode auf 57,3%, diejenige durch Gold und deckungsfähige Devisen von 61,1% auf 65,6%.

In der allgemeinen Wirtschaftslage ist während der Berichtszeit keine Besserung eingetreten.

Die auf den Stichtag des 4. Juni 1930 berechnete amtliche Großhandelsindex der statistischen Reichsanstalt beträgt 125,1% gegen 125,2% in der Vormode. Im Monatsdurchschnitt hat sich der Großhandelsindex im Mai auf 125,7% gegen 126,7% im April gelockert.

Am Arbeitsmarkt verlangsamt sich das Tempo des Arbeits-

losenrückganges immer mehr. Insbesondere hat auch die Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft erheblich nachgelassen. Die Zahl der bei den Arbeitgebern in Mitteldeutschland verfügbaren Arbeitskräften hat sich in der zweiten Maihälfte nur um etwa 5000 auf rund 245000 verringert, während der Rückgang in der ersten Monatshälfte noch etwa 12000 betrug.

Die Sparanlagen bei den deutschen Sparkassen stiegen im April 1930 um 86 Mill. RM auf 9724 Mill. RM; in der gleichen Zeit erhöhten sich die Depositionen, Giro- und Kontokorrentanlagen um 64 Mill. RM auf 1793 Mill. RM.

Am Geldmarkt blieben die Zinssätze für Tagesgeld unverändert niedrig. Die Nachfrage nach Provinzbanknoten war wieder sehr reger, jedoch lag der Satz um 1/2% auf 3 1/2% für beide Seiten ermäßigt.

Dienstag abends 8 1/2 Uhr Bibelstunde
im Bürgeraal
Prediger Westermann-Bittenberg.
Hierzu wird herzlichst eingeladen

Festschrift z. Heimatfest

ist noch eine kleine Anzahl vorhanden und zum Preise von 30 Pfennig zu haben.

Die Festschrift dürfte besonders allen auswärtigen Kembergern, die an der Teilnahme am Heimatfest verhindert waren, willkommen sein.

Richard Arnold, Leipzigerstr.

Wiese

in der Gadiyer Förste, 1 1/2 Morgen zu verpachten
Wittenberger Neumarkt 5

Hermann Leue
Gartenbau - Betrieb
Anerkannte Lehrwirtschaft empfiehlt:

Ia. Wirsingkohl
zart und weich
Kohlrabi, Rhabarber usw.

Ferner alle Arten
Gemüsepflanzen
wie Kohl, Majoran, Porree und Sellerie.

Alle Arten
Blumpflanzen
für Friedhof, Fensterkästen und Gärten.

Blühende Topfpflanzen
Zur Zeit **Riesenvorrat** in herrlichen Schnittblumen wie **Rosen, Nelken** u. s. w. sehr preiswert.

1 1/2 Morgen
Wiese
zu verpachten

Wilhelm Fiedler, Leipziger Str. 29

Apfelwein

naturreine Ware
Flasche 45 Pfennig

Apfelsüßmost
Flasche 85 Pfennig

empfiehlt **Rudolf Huhn**

Zerbster Pferdemarkt-Lotterie

1 Los 3,— RM.

Ziehung am 19. August 1930

3600 Gewinne im Gesamtwerte von 100000 RM

Kein Gewinn unter 5 RM

Sehr gute Gewinnaussichten

zu haben bei

Richard Arnold, Buchdruckerei

Stellen-Anzeigen

für den

Personal-Anzeiger des Daheim

werden durch unsere Geschäftsstelle Leipziger Straße 64 ohne Spelenzuschlag vermittelt. Das Publikum hat nur nötig, die kleinen Anzeigen bei uns abzugeben und die Gebühren zu entrichten. Die Anzeigenpreise des „Daheim“ sind im Vergleich zur hohen, über ganz Deutschland gehenden Inflationslage und der zuverlässigen Inseratwirkung niedrig; sie betragen gegenwärtig nur 1 M. für die Zeile (= 7 Silben) bei Stellenanzeigen und nur 75 Pfg. bei Stellengesuchen. • Wir empfehlen, die Anzeigen frühzeitig aufzugeben.

Kemberger Zeitung

Ferkel

verkauft

P. Rißhüte, Durgstraße 14

Zahn-Atelier

Fr. Genzel

Dentist.

Vollst. schmerzlinderndes Zahnziehen

Plombieren in Gold, Silber und Kupferamalgame

Anfertigung künstlicher Zähne in Kaufschmelze, Gold u. unedigen Metallen, sowie Kronen, Brückenarbeiten und Stützzähne.

Reparaturen werden schnellstens ausgeführt.

Wiese

ca. 1/2 Morgen groß, zu verpachten
J. G. Glaubig
Prima frisches

Rindfleisch frische Flecke

empfiehlt **Willi Räß**

Morgen Dienstag frisch, Schellfleisch in Eispackung.

Garantiert leberfrische Ware auch bei heißester Sommerzeit.
Paul Mierschste
Ca. 40 Zentner

gutes Pferdeheuen

und **eine Jubre Hegerheuen** hat billig abzugeben

Schröder, Wartenburg 47

Ferkel und Stroh

hat zu verkaufen **Scheide, Pannigkau**

Wer verkauft

Bohn- od. Geschäftshaus, Villa, Landwirtschaft, Gasthof, Fabrik od. sonst. Betriebe, Bau- u. Kiesgelände. Sof. Angebote an **G. Wllh. Varentin**, Samburg, Gledengiesherwall 16

Bruchleidende

Jetzt wird Ihnen geholfen unter Garantie in den schwersten Fällen durch das **Opel-Bruchband ohne Feder**

seit kurzer Zeit über 34000 mit bestem Erfolg in Gebrauch. **Nabel- und Leibbänder jeder Art**

Herr Krause, Fernerswalde bei Herzberg/Görlitz schreibt: Mein Bruch durch Ihr Bruchband in 4 Monaten verheilt.

Kommen Sie bitte zu mir, ich zeige Ihnen meine Wundter umsonst ohne jede Verbindlichkeit für Sie in **Kemberg, Mittwoch**, den 18. Juni, morgens von 8-12 Uhr Hotel Palmbaum.

Willy Faiß, Bandagenspezialist, Görlitz
Elisabethstraße 3

beliefern **Herr- u. Knab-Kleiderfab.** liefert **Schneidermeister** u. sonstige **Interessenten**, die Laden oder Etagen-Geschäft einrichten wollen, zu günst. Beding. Ang. näherer Verhältnisse **unbedingt** erbeten **Off. B R G 887**, Ma-Annoncen-Expedition, Berlin W 35

Prima Rind- und Hammelfleisch frische Flecke

empfiehlt **Richard Krausemann Nachf.**

Allen, die an dem Festspiele „Kleinstadtzauber“ mitgearbeitet,

herzlichen Dank

Die Spielleiter

Redaktion, Druck und Verlag: Richard Arnold Kemberg — Fernsprecher Nr 203.



Kemberger Zeitung

vormal's General-Anzeiger für Kemberg, Bad Schmiedeberg und Umgegend

Erscheint wöchentlich dreimal: Montag, Mittwoch und Freitag abends mit dem Datum des folgenden Tages. / Wöchentliche Beilagen: "Landmanns Sonntagblatt" und "Alliiertes Unterhaltungsblatt". - Bezugspreis: Monatlich für Abholer 1,25 M. durch Boten ins Haus gebracht in Kemberg 1,35 M., in den Landorten 1,40 M., durch die Post 1,45 M. - Im Falle höherer Gewalt Betriebsführung Streik usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bzw. Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die halbspaltige Preitszeile oder deren Raum 15 Pfg., die Spaltspalte Reklamezeile 40 Pfg., Ausnahmestücke 50 Pfg. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für richtige Weitergabe unbedingt geschriebener oder durch Fernschreiber aufgegebenen Anzeigen wird keinerlei Garantie übernommen. / Belegungsgebühr: 10.- M., das Zehnmal, zusätzlich Polzeigebühren. / Schluss der Anzeigenannahme vormittags 10 Uhr, größere Anzeigen tags zuvor.

Amtsblatt für den Magistrat zu Kemberg, das Amtsgericht und verschiedene Gemeinden

Nr. 69

Dienstag, den 17. Juni 1930

32. Jahrg.

Wir bitten um Einreichung der Rechnungen für Lieferungen zum Heimat- und Kinderfest bis spätestens 18. d. Mts.

Kemberg, den 14. Juni 1930.
Der Magistrat.

Neues in Kürze.

* Die programmatische Erklärung, mit der das Reichskabinett vor die Öffentlichkeit trat, enthält alle Forderungen, die in den letzten Tagen die Gemüter aufs heftigste bewegten. Die Entschiedenheit und Bestimmtheit darüber ist in allen Kreisen überaus groß.

* Zum ersten Male hat die Regierung der Sozialdemokratie die Berechtigung der deutschen Forderung anerkannt, daß sie sich nicht in die innerpolitischen Verhältnisse der betreffenden Nation einmischen dürfe.

* Wieder hat der Reichstag seine mächtigste Stimme erhoben und Wege gezeigt, die eine Senkung der öffentlichen Ausgaben bedeuten, ohne die Substanz der Wirtschaft gänzlich zu ruinieren.

Die Aufgaben des Reichstags.

Mitte April hat der Reichstag eine Viertelmilliarde Mark neuer Steuern und Ausgaben bewilligt und im Juni soll er weitere Dreiviertel Milliarden Mark an Steuern und Ausgaben bewilligen. Die Beträge, die man vom Parlament verlangt, wachsen allmählich etwas zu schnell an, und die Kritiker, die für die parlamentarische Prüfung dieser Anforderungen übrig bleiben, werden allmählich etwas zu kurz. Gemäß — im Frühjahr hatte man viel Zeit für die Steuerberatungen. Aber der eigentliche Teil dieser Beratungen ging doch in wenigen Tagen vor sich, in wenigen Tagen wurde das Deckungsprogramm wieder und wieder umgeändert, so daß zum Schluß niemand eine Uebersicht darüber hatte ob die geplanten neuen Steuern wirklich die Einnahmen bringen würden, die man von ihnen erwartete. Damals ging es nur um eine Viertelmilliarde. Soll jetzt das gleiche System der überhasteten Beratung für den dreifachen Betrag, für Steuern und Ausgaben in Höhe von etwa 1/2 Milliarden angewandt werden? Die Reichsregierung will dem Parlament gegenüber wiederum das Druckmittel der Reichstagsauflösung anwenden. Es ist gewiß nicht zu behaupten, wenn die parlamentarische Entscheidungsfähigkeit, die ja in manchen Parteilagern sehr langsam aufsteht, durch einen gewissen Druck der Regierung etwas gelockert wird. Aber dieses Druckmittel, das in den Händen der Regierung ist, darf nicht dazu benutzt werden, eine ausgesprochen flüchtige finanzielle und finanztechnische Arbeit zu fördern.

Der Eindruck einer solchen — vorfristig gesagt — nicht übermäßig gründlichen Ausarbeitung der neuen Steuer- und Abgabengesetze läßt sich leider bei den Entwürfen, die das Kabinett jetzt verabschiedet hat, nicht vermeiden. Man will ein Notopfer vom Einkommen der Beamten und Festbediensteten erheben. Aber bis vor wenigen Tagen war man sich in den weiteren politischen Kreisen, die für die Beurteilung dieser Maßnahme schließlich entscheidend sind, noch nicht klar darüber, ob dieses Notopfer vom Brutto- oder vom Netto-Einkommen erhoben werden soll. Man kannte noch nicht genau den Kreis von Steuerpflichtigen, den es erfassen soll. Man war sich über die Erhebungsmethoden noch nicht im klaren — weder bei dem eigentlichen Notopfer, noch bei der nebenher laufenden Ledigensteuer. So ist eine Beurteilung auch der großen Grundlinien dieser neuen Gesetze bisher den verantwortlichen gesetzgebenden Faktoren noch nicht möglich gewesen. Sie werden die Gesetzentwürfe frühestens in der nächsten Woche kennen lernen, wenn sie dem Reichstag zugehen, und sie werden von da ab bis zu dem Termin, den die Regierung für die Verabschiedung angegeben hat, nur etwa drei Wochen Zeit haben. Drei Wochen für eine Steueranfrage von Dreiermilliarden für eine Steueranfrage, die zusammen mit den vorläufigen Steuern und mit der Veräußerung von 200 Millionen Reichspfennig in Gestalt von Reichsbahnaktien etwa 10 Prozent der gesamten Haushaltsrechnung ausmachen.

Dabei muß zur Beurteilung der politischen Situation in Rechnung gestellt werden, daß die Regierung Sonderverleihen gegen bestimmte Personenkreise vor schlägt. Die Einführung von Sondersteuern ist immer eine überaus bedenkliche Maßnahme, und sie erscheint überhaupt nur möglich, wenn vorher sehr eingehend geprüft wird, ob die anderen, auf den betreffenden Personenkreis bereits vorhandenen Steuern die Durchführung der Sonderbelastung überhaupt noch möglich erscheinen lassen. Für die Prüfung will man anscheinend überhaupt nicht Zeit lassen. Ein anderes, sehr bedenkliches

Moment, kommt hinzu, und die Reichsregierung schlägt die Beschaffung neuer Einnahmen vor. In den drei bis vier Wochen, die für die Beratung dieser Einnahmen übrig bleiben, soll aber gleichzeitig noch die Haushaltsrechnung vom Reichstage verabschiedet werden, also die Bewilligung der Ausgaben. Die parlamentarische Arbeit vom Haushaltsplan hat diesmal ohnehin in großer Eile vor sich gehen müssen. Man hatte in der zweiten Lesung für die wichtigsten Etats der einzelnen Ministerien im günstigen Falle vier Tage Zeit, in denen man sich gerade über die politischen Fragen unterhalten konnte, in denen es aber kaum möglich war, die finanziellen Fragen durchzuprüfen, um zu kontrollieren, was zusammengekommen werden könnten. Wenn jetzt der Reichstag mit der Bewilligung eines neuen Steuerbuletts von dreiviertel Milliarden Mark beschäftigt wird, entzieht die Gefahr, daß die Haushaltsberatungen noch kürzer beeinträchtigt werden. Denn die gleichen Parlamentarier, die Sachverständigen für die Steuerfragen sind, sind doch auch Sachverständige für die Ausgabenbeiträge des Haushaltsplans, und sie werden von den Steuerberatungen so stark in Anspruch genommen sein, daß sie für die Haushaltsberatungen kaum noch zur Verfügung stehen.

Es kann als unermesslich betrachtet werden, daß in der Zeit zwischen Mitte April und Mitte Juni ein



18 000 Mark an Aufwandsentschädigungen und jeder Reichsminister erhält 4800 Mark Aufwandsentschädigung im Jahr. In diesen Aufwandsentschädigungen soll also nun künftig gepart werden. Dieser Vorstoß soll wohl zum Ausdruck bringen, daß die Reichsminister die Sparmaßnahmen auch persönlich und praktisch verwirklichen wollen. Der gute Wille ist zu loben, doch ist es mit den Einparungen an Aufwandsentschädigungen nicht getan, so lange bezerrigte sachliche Forderungen im Etat verzeichnet sind. Es ist z. B. überaus interessant, die Summen für Unterhaltung der Kraftfahrzeuge in den Ministerien zu vergleichen.

An der Spitze steht das Reichswehrministerium mit einer Anforderung von 27 445 Mark. Merkwürdigerweise folgt dann gleich das Reichsfinanzministerium, das für Kraftwagenfahrten im Jahr 20 250 Mark ausbleibt, davon sind allerdings 10 000 Mark als künftig wegfallend bezeichnet worden. Das Reichsverkehrsministerium fordert 20 200 Mark an, außerdem aber 7100 Mark für einen „beamten-eigenen“ Kraftwagen für die Kraftfahrabteilung. Das Reichswirtschaftsministerium benötigt 19 050 Mark und das Reichsfinanzministerium 12 090 Mark für seine zwei Dienstkraftwagen.

Dazu kommen aber noch 26 Personenkraftwagen im Bereich der allgemeinen Finanzverwaltung und 25 Personenkraftwagen im Bereich der Zollverwaltung. Bei der gesamten Finanzverwaltung werden für Kraftwagenfahrten im Jahr 367 350 Mark ausgegeben.

Die Summe für Kraftwagenfahrten im Reichspostministerium ist der Einfachheit halber überhaupt nicht angegeben.

Die Ausgaben für Kraftwagen erschöpfen sich nun allerdings nicht nur bei den Ministerien, sondern sie gehen auch auf die nachgeordneten Stellen über. Ein Beispiel dafür bietet sogar der Reichsparlamentarier, für den in diesem Jahr ein Kraftwagen im Betrage von 15 000 Mark verlangt wird. Es ist nach unserem bestehenden Ermessen gewiß nicht zurecht verlangt — wenn schon einmal mit Sparmaßnahmen begonnen werden soll — daß an diesen Stellen zunächst einmal der Umfang gesamt wird. Auch wäre es interessant, wenn das Reichspostministerium seine Kraftfahrpläne freudlich ebenfalls der Öffentlichkeit zur Kritik unterbreiten wollte.

Eine Rede Seeverings.

Die SPD. richtet sich auf Neuwahlen ein.

— Eutin, 14. Juni.

Der ehemalige Reichsinnenminister Seevering hielt hier in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede, in der er sich u. a. auch mit der Kritik des Robert Getts Brünning befaßte. Der Redner gab zu, daß es Deutschland augenblicklich schlecht gehe. Daran sei jedoch nicht die Erfüllungspolitik der Republik schuld. Ohne die Erfolge dieser Erfüllungspolitik, also ohne den Youngplan, hätte das Reich jetzt nicht nur 700 Millionen durch Steuern zu decken, sondern noch mehrere 760 Millionen, die dann nach dem Dawes-Plan mehr zinsen aufgebracht werden müßten. Wenn man die Reichsregierung nicht an der weiteren Zäsur festhalten und die Finanzsanierung hätte vornehmen lassen, wäre der Selbstbetrog durch erst entnommen. Drei Monate seien inzwischen ungenützt verfloßen.

Weit schlimmer als die Steuererhöhungen sei jedoch die allgemeine Benutzungs- und die Vergrößerung der Haushaltsverabschiedung. Die Regierung Müller hätte den Haushalt bis Ende März fertiggestellt und wäre mit gefunden Finanzen weitergegangen. Nun aber sei gar nicht abzusehen, wann die Finanzen wieder in Ordnung kommen würden. Durch die Zäsur würden dem übrigen Deutschland 130 bis 150 Millionen Mark genommen.

Gewiß müßte der Landwirtschaft geholfen werden, das habe die Sozialdemokratie nie gesehnt. Aber man höre sie immer zu spät. Jetzt sei inzwischen ein Danaebach entstanden. Seevering schloß mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie dem Wobdenauerischen Steuerprogramm ihre Zustimmung nicht geben werde; sie wolle sich auf Neuwahlen einrichten.

Wieder ein Junctim.

Die Sitzung des Reichskabinetts.

— Berlin, 15. Juni.

Bei Beginn der Sitzung des Reichskabinetts sprach der Reichsfinanzminister Dr. Brüning dem amnestierten Reichsbankpräsidenten Dr. Luder den Dank der Reichsregierung für die außerordentliche Umsicht aus, mit der er und seine Mitarbeiter die schwierigen Verhandlungen bei Abschluß der auf Grund des Haager Abkommens gefälligen Anleihe geführt haben.

Der Reichsfinanzminister trug sodann die auf Grund der letzten Kabinettsbeschlüsse formulierte Begründung der Deckungsvorlagen vor, der das Reichskabinett einmütig zustimmte. Die Begründung hat die Aufgabe, das Deckungsprogramm der Reichsregierung für die gesamte Öffentlichkeit in den Rahmen des großen Programms der Reichsregierung einzufügen.

Ziel dieser Politik ist die Ueberwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Osten und die Sanierung der Finanzen.

Die Arbeitslosigkeit ist nur ein Symptom der schweren wirtschaftlichen Depression. Die Reichsregierung ist der festen Ueberzeugung, daß durch ihre Maßnahmen, obwohl die Arbeitslosigkeit zum Teil durch eine schwere Weltkrise bedingt ist, sie in erheblichem Umfang gemindert werden kann. Zu diesem Zweck ist

das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt, das im wesentlichen in der Erteilung von Aufträgen der Reichsbahn und Reichspost und in einer harten Bekämpfung des Baumarktes besteht. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Wirtschaft dienen dazu, Arbeit und Brot zu schaffen und damit die Gefahr der Arbeitslosigkeit zu vermindern.

Durchgreifend überwunden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann, wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen und so zu einem generell niedrigeren Preisniveau zu gelangen.

Das Reichskabinett beschloß, die dem in den übrigen gesetzgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Verwaltungsvereinfachung und Erparnis getroffen hat.

Das Reichskabinett beschloß, um die Verwaltungsvereinfachung vorzubereiten, für die Dauer des Etatsjahres vor der Befehle frei werdender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Aufseherverwaltung Abstand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit, zu einer Vereinfachung der gesamten Le-